PB.W-01-134-6

Kapitel 2: In die Zukunft wirtschaften

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Justus Heuer (KV Jena)

Änderungsantrag zu PB.W-01

Von Zeile 133 bis 134 einfügen:
Grundstoffe schaffen wir Leitmärkte für CO_2-freie Produkte. In der Chemieindustrie wollen wir die Transformation weg von Öl und Plastik hin zu nachwachsenden Rohstoffen voranbringen. Darüber hinaus wollen wir ein Entwicklungsprogramm und entsprechende rechtliche Rahmenbedingungen für Technologien zur Abscheidung von Kohlenstoff und dessen stofflicher Verwertung auf den Weg bringen. Die Anwendung dieser Technologien soll auf Industriebereiche begrenzt sein, die sich aufgrund von Emissionen aus stofflichen Prozessen nicht klimaneutral umbauen lassen oder durch erneuerbare Prozesse ersetzt werden können.

Begründung

In der Industrie gibt es einige Bereiche, die sich durch Elektrifizierung und Rohstoffsubstitution nicht vollständig klimaneutral umstellen lassen, die auch einen relevanten Teil unserer Emissionen ausmachen (2,2% im Jahr 2017[1]). Das beste Beispiel hierfür ist die Zementproduktion, bei der ca. die Hälfte der Emissionen prozessbedingt bei der Entsäuerung von Zementklinker entsteht. Diese Emissionen lassen sich durch Recycling und Materialsubstitution jedoch nur zu einem Teil verringern und die Technologien dafür sind teilweise auch noch nicht marktreif. Deshalb wird in Studien dazu in der Regel empfohlen die restlichen Emissionen über CCU zu vermeiden.

Darüber hinaus werden in einigen Industriebereichen wie beispielsweise der Kunststoffindustrie kohlenstoffbasierte Grundstoffe benötigt, die mittelfristig nicht mehr aus fossilen Ressourcen wie Erdöl gewonnen werden können. Hier bietet CCU die Möglichkeit einen geschlossenen Kohlenstoffkreislauf herzustellen und den Industriezweigen die benötigten Grundstoffe zu liefern.

Uns als Grüne sollte es nicht nur darum gehen ambitionierte Zielstellungen zu formulieren, das können die anderen Parteien auch (so hat die Linke in ihrem Wahlprogrammentwurf die Forderung nach Klimaneutralität 2035 stehen). Unser Anspruch muss es sein auch ein konsistentes Konzept zu formulieren, mit dem wir die sozial-ökologische Transformation und den klimaneutralen Umbau unserer Wirtschaft realisieren. Dazu müssen wir in allen Wirtschaftsbereichen einen Plan skizzieren, wie wir diesen klimaneutral bekommen. In einigen sehr begrenzten Bereichen wird dies ohne CCU kaum möglich sein, Kohlenstoffkreisläufe zu schließen, weshalb wir uns dort auch zu CCU als Option bekennen sollten und auch eine Strategie zum Umgang damit erarbeiten sollten. Da aber die häufig artikulierte Kritik ihre Berechtigung hat, die Technologie noch längst nicht ausgereift und sehr energieintensiv ist und von vielen Lobbygruppen wie beispielsweise der Erdgaslobby als Vorwand benutzt wird, ihre Anlagen noch eine Weile länger am Laufen zu halten, sollte der Einsatz sehr klar auf die Bereiche beschränkt werden, in denen es nicht ohne geht, sozusagen als letzte Alternative. Durch die hohe Energieintensität wird der wirtschaftlich lohnenswerte Einsatz davon wahrscheinlich sowieso stark begrenzt sein.

Gleichzeitig bietet sich die Chance durch eine frühzeitige Strategie zu Kohlenstoffabscheidetechnologien auf dem Gebiet global Technologieführer zu werden. In den

wesentlichen Klimamodellen des IPCC, die dem 1,5°C-Szenario zugrunde liegen, werden Nettonegativemissionen durch den globalen Einsatz von Kohlenstoffabscheidetechnologien ab spätestens Mitte des Jahrhundert eingepreist. Ohne diese wird die 1,5°C-Grenze zu Ende des Jahrhunderts kaum haltbar sein. Diese Realität sollten wir als Grüne anerkennen und die Chancen nutzen, die sich daraus ergeben.

Zum Weiterlesen:

Studie von Agora Energiewende zur Industrietransformation

Studie von WWF zu den Nutzungsmöglichkeiten von CCU

Studie von WWF zu Klimaschutz in der Beton- und Zementindustrie

weitere Antragsteller*innen

Patrick Haermeyer (KV Mannheim); Georg P. Kössler (KV Berlin-Neukölln); Laura Wahl (KV Erfurt); Jannick Frank Roller (KV Freiburg); Isabell Christin Welle (KV Jena); Thomas Schaefer (KV Erfurt); José Antolín Neumann (KV Dresden); Annegret Rößler (KV Jena); Julian Mensak (Hannover RV); Lukas Pilz (KV Heidelberg); Johnny Stengel (KV Hamburg-Nord); Sebastian Grässer (KV Karlsruhe); Delphine Scheel (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Karoline Jobst (KV Saale-Orla); Walter Schüschke (KV Hamburg-Altona); Barbara Ostermann (KV Köln); Susanne Martin (KV Jena); Jeremy Zgrzebski (KV Freiburg); Dieter Kaufmann (KV Frankfurt); Enja Knipper (KV Weimar-Stadt); Deniz Gedik (KV Mannheim); Steffen Laube (KV Berlin-Spandau); Stephan Ostermann (KV Ilm-Kreis); Katharina Zimmer (KV Mannheim); Georg Krause (KV Ludwigsburg); Clara Madeleine Wellhäußer (KV Freiburg); Thomas Gönner (KV Rastatt/Baden-Baden); Leonie Oechtering (KV Herzogtum Lauenburg); Maximilian Kowol (KV Ostprignitz-Ruppin); Jonas Einsweiler (KV Karlsruhe); Heiko Knopf (KV Jena); Michael Bloss (KV Stuttgart); Simon Roß (KV Aachen); Lars Bergmann (KV Rendsburg-Eckernförde); Georg Löhr (KV Braunschweig); Klaus-Christian Kalkhoff (KV Rendsburg-Eckernförde); Clara Elisabeth Winkler (KV Erfurt)